

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

XXV/59

Bonn, den 31. März 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Konsultation unter Freunden	66

Zur Reise des Bundeskanzlers in die USA

3	Mehr als ein Viertel aller Autos laufen in Nordrhein-Westfalen	29
---	--	----

Zahlen des Aufstiegs aus der Krise - auch im Straßenbau

4	Neuer Draht zwischen USA und Kuba?	31
---	------------------------------------	----

Spanien als Vermittler - Von Normalisierung Havanna-Bonn
wird gesprochen

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Berge des Mißtrauens abtragen
Kein Volk kann aus seiner Geschichte desertieren
23. LAG-Novelle kabinettstreu
Preusse aus Schlesien
Ehrung und Dank für Willy Bartsch
Ungarn will Rechte der Nationalitäten wahren
Deutsche Arbeiterbewegung in Mittel- und Osteuropa

Konsultation unter Freunden

Zur Reise des Bundeskanzlers in die USA

sp - Bundeskanzler Willy Brandt wird sich an diesem Wochenende in die Vereinigten Staaten begeben, um dort nach einem Besuch bei den Ausbildungseinheiten der deutschen Luftwaffe und in Kap Kennedy Konsultationsgespräche mit Präsident Nixon und dessen Mitarbeitern zu führen.

Willy Brandt ist in den USA kein Unbekannter. Wie kaum ein anderer deutscher Politiker genießt er dort schon seit der Zeit, da er Regierender Bürgermeister von Berlin war, hohes Ansehen. Als Bundesaußenminister konnte er bei mehreren Besuchen die engen politischen und persönlichen Kontakte, die ihn mit den meisten führenden Politikern und Repräsentanten des geistigen Lebens der USA verbinden, noch weiter vertiefen.

Jetzt kommt Willy Brandt zum erstenmal als Bundeskanzler in die Vereinigten Staaten. Sein Besuch fällt in eine Zeit großer internationaler politischer Wirren, in denen auch - direkt oder indirekt - die USA engagiert sind. Der Vietnam-Krieg dauert an. Im benachbarten Kambodscha muß mit neuen bewaffneten Auseinandersetzungen gerechnet werden. In Jordanien, im Libanon, im Südsudan und im Tschad wird geschossen, und z.T. wirken sich dort die kriegerischen Auseinandersetzungen des Nahost-Konfliktes aus. In vielen lateinamerikanischen Staaten haben die unsozialen Verhältnisse zu latenten Konflikten mit den dort herrschenden Gruppen, die sich meist auf die USA berufen, geführt. Hinzu kommen noch die innenpolitischen Spannungen in den USA, das ungelöste Rassenproblem sowie die Bevölkerungsexplosion in den Großstädten des nordamerikanischen Kontinents.

Die Vereinigten Staaten sind in Europa engagiert. Die Bundesrepublik Deutschland ist innerhalb des Atlantischen Bündnisses ein wichtiger Partner. Schon aus diesem Grunde wird Bundeskanzler Brandt mit seinen Gesprächspartnern in erster Linie diejenigen Probleme erörtern, die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem europäischen Engagement der Vereinigten Staaten stehen. Es gilt, das Verhältnis der USA zur EWG unter

Berücksichtigung der heute immer näherrückenden Ausweitung der EWG abzuklären. Schon immer haben in gewissen Kreisen in den USA Sorgen bestanden, die allerdings weniger politischer als vielmehr ökonomischer Natur sind.

Im Mittelpunkt der Gespräche Brandts in Washington wird aber die Ostpolitik stehen. Hierbei geht es nicht vordergründig um die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel, über die Washington natürlich bestens unterrichtet ist. Es geht um den Gesamtkomplex der Ost-West-Beziehungen in Europa, d.h. also um die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen die deutschen Bemühungen um das Zustandekommen eines besseren Verhältnisses zu den Staaten des Warschauer Paktsystems in die Gesamtpolitik des Westens gegenüber dem Osten eingebaut werden können und sollen. Um seinen amerikanischen Gesprächspartnern über die Ergebnisse des Treffens Brandt/Stoph in Erfurt hinaus auch die unmittelbaren Eindrücke von den Verhandlungen in Moskau und Warschau zu vermitteln, werden die Staatssekretäre Bahr und Duckwitz den Bundeskanzler begleiten.

Eingebettet in den Gesamtkomplex der Ost-West-Beziehungen ist natürlich die gesamte Bündnispolitik (NAATO) und damit die Frage, welche Möglichkeiten für gleichwertige und gleichzeitige Rüstungsbegrenzungen im Rahmen des Atlantischen Bündnisses und im Bereich des Warschauer Paktsystems gegeben sind.

Bundeskanzler Brandt braucht keine erneute Zustimmung für die Ostpolitik der Bundesregierung. In zahlreichen offiziellen Erklärungen hat die Regierung der Vereinigten Staaten bereits ihr volles Einverständnis und ihre volle Unterstützung dieser Politik betont. Beim Besuch des Bundeskanzlers in Washington geht es jetzt vielmehr um die Auslotung und gegenseitige Konsultation dessen, was bisher geschehen ist und dessen, was im allgemeinen Interesse des Westens weiter geschehen kann.

Willy Brandt hat sich auf diese Reise gut vorbereitet. Er weiß und hat es oft genug betont, daß die Bundesrepublik Deutschland keine Ostpolitik im luftleeren Raum machen kann. Die Ostpolitik der Bundesregierung stützt sich auf die vorbehaltlose Zustimmung ihrer Partner in den westlichen Bündnissen und fügt sich ein in das weltweite Bemühen, endlich in Europa eine entspannte Situation im Ost-West-Verhältnis herbeizuführen.

+ + +

Mehr als ein Viertel aller Autos laufen in Nordrhein-Westfalen

Zahlen des Aufstiegs aus der Krise - auch im Straßenbau

kr - Das Kfz-reichste Bundesland ist Nordrhein-Westfalen: Am 1.1.1970 waren zwischen Rhein und Weser 4.085.947 Kraftfahrzeuge zugelassen. Das waren 25,6 v.H. aller motorisierten Fahrzeuge, die über bundesdeutsche Straßen rollten.

Allein 3.309.511 (= 81,0 v.H.) aller in NRW zugelassenen Kraftfahrzeuge waren Personenkraftwagen. Gegenüber dem 1.1.1969 hat sich der Kfz-Bestand um 10,9 v.H. erhöht. Allein elf Prozent mehr Personen- und Kombinationskraftwagen sind hinzugekommen, demgegenüber ging die Zahl der Krafträder um 8,5 v.H. auf 52.597 zurück.

Am 1.1.1970 entfielen auf je 1.000 NRW-Bürger 239 Kraftfahrzeuge (demgegenüber 223 im Vorjahr). Davon waren allein 208 Personen- und Kombinationskraftwagen (1969 = 192). Auf je tausend Einwohner im Bundesgebiet kamen 261 Kraftfahrzeuge, davon 216 Personen- und Kombinationswagen.

Große Anstrengungen unternahmen zugleich das Bundesverkehrsministerium und die NRW-Regierung, um das regionale und überregionale Straßennetz auszubauen. In den Straßen- und Brückenbau in Nordrhein-Westfalen fließen in den letzten drei Jahren (1967-1969) insgesamt 6.787 Millionen DM Bundes- und Landesmittel. Allein 77,6 Millionen DM Straßenbaumittel wurden vom Land in den letzten zwei Jahren für das Ruhrgebiet angesetzt. Das entspricht einer Pro-Kopf-Rate von 12,50 DM. Mit 17,35 DM pro Kopf jedes NRW-Bürgers in den Kreisen und Städten ist diese Rate außerhalb des Ballungsraumes an der Ruhr noch höher.

In den Jahren von 1966 - 1969 wurde das Autobahnnetz in NRW um 154,1 km auf 787,5 km vergrößert. Die Gesamtlänge der Bundesstraßen in NRW weitete sich um über 556 km auf 5675 km aus, und im gleichen Zeitraum erreichten die Landstraßen eine Gesamtlänge von über 12.211 km sowie die Kreisstraßen ein Gesamtausmaß von 8.992,1 km.

Neuer Draht zwischen USA und Kuba?

Spanien als Vermittler - Von Normalisierung Havanna-Bonn
wird gesprochen

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Offensichtlich auf Wunsch Washingtons wird Spaniens Aussenminister Gregori López-Bravo nach seinem US-Besuch am 17. und 18. März Verhandlungsfäden mit Havanna spinnen, um eine Normalisierung des amerikanisch-kubanischen Verhältnisses einzuleiten. Dies wurde aus diplomatischen Kreisen in Madrid bekannt, nachdem die Zeitungen "Nuevo Diario" und "La Región" als Sprachrohre des Aussenministers angedeutet hatten, López-Bravo wolle Kuba besuchen.

Die Beziehungen zwischen Havanna und Washington wurden 1960 abgebrochen. In der Zwischenzeit hielten die Botschafter Kubas und der USA in Madrid mehrfach Sondierungsgespräche, die jedoch ergebnislos blieben. Reagieren amerikanische Stellen mit "No comment" auf die angestrebte spanische Vermittlung, so streicht der spanische Staatsrundfunk sie gross heraus, und die kubanische Botschaft beschränkt sich auf die Mitteilung, Havanna würde einen Besuch des spanischen Aussenministers begrüssen. Kuba ist Spaniens wichtigster Handelspartner in Lateinamerika. Trotz der ideologischen Unterschiede sind die Beziehungen zwischen Madrid und Havanna ausgezeichnet.

Seit Nixon US-Präsident wurde, versucht das State Department, den Draht zu Castro neu zu knüpfen. Der US-Staatssekretär für Lateinamerika, Charles Meyer, hat sich mehrfach für die Wiederaufnahme der abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Kuba eingesetzt.

In Madrid hält man es für möglich, dass López-Bravo auch versuchen werde, in Havanna ein günstiges Klima für die Neuaufnahme der 1963 von Bonn abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen Kuba und der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen. Bisher hatten die Kubaner jedes Gespräch mit Washington und Bonn abgelehnt und selbst den Spaniern bedeutet, sie wären "wunderbar, wenn sie zu Hause blieben". Jetzt haben zuständige Kreise in Madrid die vorgesehenen Gespräche mit dem spanischen Aussenminister ausdrücklich begrüsst.

+ + +